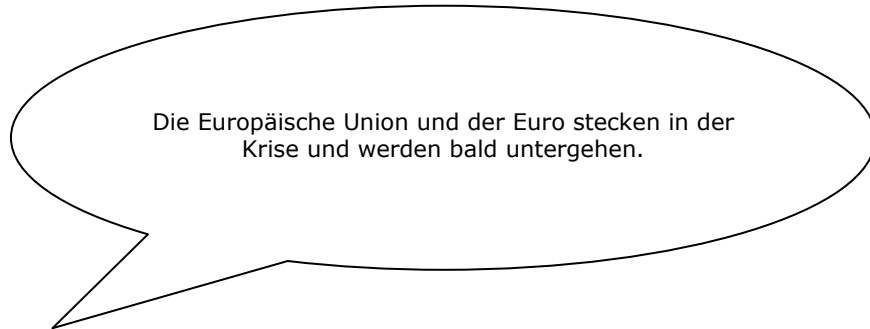


# Euro-Krise



- Die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise ist primär eine Krise der Volkswirtschaften verschiedener europäischer Staaten, nicht eine Krise der EU per se. Der grösste Bedarf für Reformen besteht deshalb auch in den Mitgliedsstaaten der EU.
- Staaten wie Spanien, Portugal, Griechenland, Italien und Irland haben beeindruckende strukturelle Reformen beschlossen, deren Effekte in den nächsten Jahren noch stärker sichtbar werden. Verschiedene Indikatoren zur Wettbewerbsfähigkeit Europas zeigen bereits eine Besserung der Lage.
- Natürlich sind diese Mitgliedsstaaten untereinander insbesondere durch den Euro verknüpft, weshalb auch Massnahmen auf europäischer Ebene notwendig sind.
- Einerseits hat die Europäische Union kurzfristige Massnahmen ergriffen, um die Situation zu stabilisieren und das Vertrauen der Finanzmärkte zurückzugewinnen. Dazu gehört zum Beispiel die Errichtung des neuen Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Die Europäische Zentralbank hat ihrerseits erklärt, dass sie bereit ist, alles Notwendige zu tun, um den Euro zu retten.
- Andererseits haben die Mitgliedstaaten der Europäischen Union auch ihre Bereitschaft erklärt, grössere und umfassendere Lösungen zu finden. Hier sei insbesondere auf die wegweisenden Beschlüsse des Europäischen Rats vom Juni 2012 verwiesen, welche auf eine Bankenunion, eine Fiskalunion, eine Wirtschaftsunion und eine stärkere Politische Union hinzielen.

Weiterlesen:

[http://europa.eu/pol/emu/index\\_en.htm](http://europa.eu/pol/emu/index_en.htm)